



Die Präsidentin des Bundesgerichtshofs

Die Präsidentin des Bundesgerichtshofs - 76125 Karlsruhe

Herrn

mittels E-Mail:

████████████████████@fragdenstaat.de

Aktenzeichen

Bearbeiter/in

Ihr Schreiben vom

Karlsruhe, 29. September 2020

S 18

24.09.2020

(bei Antwort bitte angeben)

Sehr geehrter Herr ██████████,

ich darf Ihnen meine bisherigen Auskünfte abschließend wie folgt erläutern:

Die in der Istanbul-Konvention enthaltenen Pflichten richten sich an die Vertragsparteien; hier mithin die Bundesrepublik Deutschland. Nach seinem Inhalt bedurfte die Istanbul-Konvention nicht nur der Ratifikation, sondern verpflichtete darüber hinaus den nationalen Gesetzgeber - soweit die nationale Rechtslage noch hinter den Anforderungen der Konvention zurückblieb - zur Umsetzung der Konventionsvorgaben in innerstaatliches Recht. Nach Auffassung der Bundesregierung bedurfte es nur noch weniger, mittlerweile auch erlassener, nationaler Umsetzungsgesetze, da das in Deutschland verwirklichte Schutzniveau von der Bundesregierung bereits als konventionsgemäß angesehen wurde (vgl. BT-Drs. 18/12037, S. 46 rechte Spalte - zu Ihrer Information angehängt).

Hausanschrift:
Herrenstr. 45a
76133 Karlsruhe

E-Mail-Adresse:
Poststelle@bgh.bund.de

Telefon (Zentrale):
(07 21) 1 59 - 0

Telefax:
(07 21) 1 59 - 25 12

Der Bundesgerichtshof wendet als nationales Gericht grundsätzlich nicht die Istanbul-Konvention selbst, sondern die den Vorgaben der Konvention entsprechenden nationalen Gesetze an. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die deutsche Rechtslage in weiten Teilen schon lange vor Ausarbeitung der Istanbul-Konvention deren (späteren) Vorgaben entsprach. Aus den vorgenannten Gründen können für den Geschäftsbereich des Bundesgerichtshofs Ihre auf die Istanbul-Konvention selbst gerichteten Fragen nicht sinnvoll beantwortet werden. Soweit Sie sich für den Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention selbst interessieren, müssen Sie sich daher, wie bereits mehrfach mitgeteilt, an die Bundesregierung wenden. Eine Weiterleitung von hier aus erfolgt dabei nicht.

Mit freundlichen Grüßen



Wir verarbeiten im Zusammenhang mit Eingaben und Anfragen ausschließlich solche Daten, die notwendig sind, um mit Ihnen zu kommunizieren und um das Verwaltungshandeln des Bundesgerichtshofs ordnungsgemäß zu dokumentieren. Hierzu gehören insbesondere jene personenbezogenen Informationen (u.a. Name, Vorname, Anschrift, E-Mail-Adresse, Kontakt usw.), die wir unmittelbar von Ihnen selbst erhalten haben. Die Verarbeitung der Daten ist zur Wahrnehmung unserer Aufgaben erforderlich (vgl. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit § 3 des Bundesdatenschutzgesetzes).

Weitere Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den Bundesgerichtshof finden Sie auf unserer Internetseite unter www.bundesgerichtshof.de Hier finden Sie u.a. auch nähere Erläuterungen zu Ihren Rechten sowie weiterführende Kontakt- bzw. Beschwerdemöglichkeiten.